

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Sieg des Prinzips.

Nach monatelangen, von Befürwortern wie von Gegnern mit gleicher Erbitterung geführten Kämpfen wurde am Donnerstag, 8. Oktober, im Reichstag die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes mit 238 Stimmen der Koalitionsparteien (bei 40 Stimmenthaltungen der Volkspartei), gegen 155 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei angenommen. Damit ist ein Ringen zum vorläufigen Abschluß gebracht, das vom Unternehmertum und seinen Verbündeten aus allen Schichten der Sozialreaktionäre mit dem Ziele auf Beseitigung der Arbeitslosenversicherung in Szene gesetzt war und in seiner weiteren Auswirkung ein Vorstoß zum Abbau der übrigen Zweige der deutschen Sozialversicherung sein sollte.

Raum jemals zuvor sind Angriffe von gleicher Schärfe gegen den Lebensnerv der breiten Massen der Bevölkerung gerichtet worden. Selten war ein Gesetzentwurf so heftig umstritten. Mehrmals hat das Gespenst Regierungskrise vernehmlich an die Türe geklopft. Das Schicksal der Vorlage war entschieden, als sich die Volkspartei trotz angeblich prinzipieller Gegnerschaft unter der Führung des so unerwartet aus dem Leben geschiedenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann für Stimmenthaltung in der dritten Lesung des Reichstages entschieden hatte. Aber so schwierig die Verhandlungen in dem zuvor eingeleiteten Sachverständigenrat, später in den Kommissionen und dann im Plenum während der vierstägigen Reichstagsitzungen auch waren, das Ergebnis wird weder die Gesetzgeber selbst voll befriedigen, noch wird es auf ungeteilte Zustimmung im Volke rechnen dürfen. Und es wird letzten Endes auch nicht als endgültige Lösung der Probleme im Sinne der finanziellen Sicherung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu bewerten sein.

Eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 %, wie sie von den Arbeitnehmervertretern zur Sanierung der Reichsanstalt als einziger Ausweg, wenn auch nicht leichten Sinnes, in Vorschlag gebracht war, ist abgelehnt oder verlagert. Die Sonderregelung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit bleibt in der Fassung vom Dezember 1928 bestehen. Saisonarbeiter erhalten in den sechs unteren Lohnklassen die Regelsätze; dagegen sollen in den Klassen 7 bis 11 die Sätze der Krisenfürsorge zur Auszahlung kommen. Auf die sonstigen Änderungen werden wir noch des näheren eingehen, wenn der Wortlaut der neuen Gesetzesbestimmungen im ganzen vorliegt.

Alle Angriffe der extremen Parteien konnten die angestrebte Beseitigung der Arbeitslosenversicherung oder auch nur die Ausschaltung der sogenannten Saisonarbeiter nicht zustandebringen. Das ist der Sieg des Prinzips der Arbeitslosenversicherung. Der Kampf der Arbeiterschaft um die Sozialversicherung geht weiter, und die Arbeiterschaft wird trotz aller Gegnerschaft der vereinten Sozialreaktion Sieger bleiben, wenn sie sich einig und geschlossen hinter ihre Gewerkschaften stellt.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik vom Standpunkt der Unternehmer.

Bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter um die Verbesserung ihrer sozialen Lage steht fast immer die Lohnfrage an erster Stelle. Das rührt daher, weil der Lohn die Existenzgrundlage des Arbeiters bildet und seine Höhe im allgemeinen die Art seiner Lebenshaltung bestimmt. Gleichwohl ist es falsch, ohne weiteres, von der Lohnhöhe auf die Höhe der Lebenshaltung zu schließen. Es ist sehr wohl möglich, daß sich anscheinend hohe Löhne mit einer recht niedrigen Lebenshaltung verbinden. Die deutschen Arbeiter haben das in der Inflationszeit genügend kennengelernt und erfahren, daß es nicht so sehr auf hohe Lohnziffern, sondern darauf ankommt, was sie für ihren Lohn kaufen können. Für die Beurteilung der Lebenshaltung des Arbeiters kommt daher allein der Reallohn in Frage, weil sich nur aus ihm Schlüsse auf seine Kaufkraft und wirtschaftliche Stellung ziehen lassen. Alle Bestrebungen nach Verbesserung der sozialen Lage des Arbeiters, insbesondere

seiner Lebenshaltung, müssen daher auf eine Steigerung seines Reallohnes hinauslaufen. Hierfür gibt es nur zwei Wege: die unmittelbare Lohnerrhöhung oder Verbilligung des notwendigen Lebensbedarfs.

In dieser Richtung gehen denn auch die Bestrebungen der Gewerkschaften und liegt das Ziel der von ihnen vertretenen Lohnpolitik. Ueber die Erfolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gehen die Ansichten zwischen Gewerkschaften und Unternehmern weit auseinander. Bei den zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehenden wirtschaftlichen Gegensätzen ist das verständlich. Vom Standpunkt der Unternehmer aus gesehen, sind die gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht nur zwecklos, sondern direkt wirtschaftsschädigend, eine Auffassung, die im alten Obrigkeitsstaat von den staatlichen Organen weitgehend geteilt und unterstützt wurde. Heute kommt diese Unterstützung nicht mehr in Frage. Die früher auf härteste verfolgte Gewerkschaften sind staatlich als den Unternehmervereinigungen gleichberechtigte Wirtschaftsfaktoren anerkannt worden. In der Auffassung der Unternehmer über die Gewerkschaften und die von ihnen verfolgte Lohnpolitik hat sich dadurch jedoch nichts geändert.

Ein Musterbeispiel hierfür bietet eine vor kurzem veröffentlichte Schrift des bekannten Wirtschaftspolitikers Gothein, die den Titel „Der große Irrtum der deutschen Lohnpolitik“ führt und von der Unternehmerpresse mit besonderem Eifer gegen die Gewerkschaften zitiert und ausgebeutet wird. Eigentlich besteht hierfür recht wenig Grund, denn was Gothein in seiner Schrift zum Besten gibt, unterscheidet sich recht wenig von dem, was andere schon vor ihm gegen die Gewerkschaften ins Feld führten, ohne damit besonderen Eindruck hervorzurufen. Gothein erhebt gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik den Vorwurf, daß sie bei Ablauf jedes Tarifvertrages ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, die Schwierigkeiten der Kapitalbildung und die Gefährdung der Rentabilität der Industrie Lohnerrhöhungen anstrebe und durchzusetzen suche. Die natürliche Folge dieser Lohnpolitik sei die Verteuerung der Preise, die Verschuldung der Unternehmungen, Verhinderung ausreichender Kapitalbildung und die fortschreitende Erhöhung des Zinsniveaus.

Unter den Auswirkungen dieser Umstände hätten die Arbeiter von Lohnerrhöhungen keine Vorteile. Selbst die im Lohn Aufgebesserten würden durch die alsbald eintretende Preissteigerung um den größten Teil der ihnen zugestandenen Lohnerrhöhung gebracht. Noch schwerer werde aber die in ihrem Einkommen nicht erhöhte Bevölkerung dadurch getroffen, daß sie infolge der Preissteigerung gezwungen sei, ihren Verbrauch einzuschränken. Das allgemeine wirtschaftliche Ergebnis sei: Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland, Verringerung des Gesamtabsatzes, Nichtausnutzung des Produktionsapparates, Erhöhung der Selbstkosten, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Aus diesem sich nach Gothein fortgesetzten wiederholenden Kreislauf sei durch die Rationalisierung nicht herauszukommen. Jeder Versuch in dieser Richtung werde durch neue Lohnerrhöhungen kompensiert. Die Durchführung rationalerer Betriebsmethoden gestalte daher weder Preisherabsetzungen noch Absatzverstärkungen, vermehre vielmehr die Kapitalknappheit, steigere die Verschuldung und Zinsätze und schaffe weitere Arbeitslosigkeit. Schließlich erblicke Gothein in den durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik herbeigeführten zu „hohen Löhnen“ die Ursache der bestehenden Finanzkrise sowie hohen Fachtätze, Zunahme der Konkurse, den Rückgang der Ausfuhr und des schließlich zu gewärtigenden Zusammenbruchs der Wirtschaft. Diesen Zusammenbruch zu verhüten, fordert Gothein im Interesse schnellerer Bildung von Produktionskapital Lohnabbau auf der ganzen Linie, Kampf gegen die sozialen Versicherungsleistungen, Einschränkung der öffentlichen Ausgaben für soziale und gesundheitliche Zwecke sowie Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Massen.

An Rücksichtslosigkeit und Offenheit gegenüber den Arbeitern lassen diese Forderungen nichts zu wünschen übrig. Nur werden sie nicht durchzuführen sein. Nicht nur deshalb, weil die Beweisführung Gotheins falsch ist und mit den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen in schroffem Widerspruch steht, sondern auch die Gewerkschaften dabei ein Wort mitzureden hätten. Von vornherein werden die Angriffe gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die daraus gezogenen Folgerungen dadurch gegenstandslos, daß sie ja kein Ergebnis der neueren Zeit ist. Die von den Gewerkschaften vertretene und von Gothein kritisierte Lohnpolitik ist so alt wie die Gewerkschaften selbst. Wäre sie daher wirklich so verhängnisvoll für die Wirtschaft, so hätte der befürchtete Zusammenbruch längst stattgefunden müssen. Dieser ist jedoch nicht eingetreten, obwohl diese Lohnpolitik mit dem Wachsen der Gewerkschaftsbewegung auf immer breiterer Grundlage zur Anwendung gelangte. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurde dadurch nicht im geringsten behindert, sie erfreute sich vielmehr eines fortgesetzten Aufstieges, der nur durch den Krieg eine Unterbrechung erfuhr.

Bei Beendigung des Krieges freilich stand die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch, den nur die Opferwilligkeit der Arbeiter verhinderte. Diese mußte schließlich ein Ende nehmen, weil sie von den Unternehmern schändlich mißbraucht wurde. Um ihre Lebenshaltung vor noch tieferem Herabfallen zu retten, waren die Arbeiter zu Lohnforderungen gezwungen. Das hat jedoch den trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Unternehmer nicht abzuleugnenden Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft nicht gehindert. Die von ihnen bekämpfte gewerkschaftliche Lohnpolitik wirkte vielmehr dahin, den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern. Er wäre sicher noch größer, wenn die Unternehmer auch nur einiges Verständnis für die Lohnpolitik der Gewerkschaften aufbringen und einsehen würden, daß die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft eine möglichst hohe Lebenshaltung der arbeitenden Massen zur Voraussetzung hat.

In einem freilich muß man Gothein zustimmen! Der von den Arbeitern in den von ihnen geführten Lohnkämpfen gewonnene Vorteil ist ein sehr mäßiger. Doch was folgt daraus? Die von den Unternehmern behaupteten, angeblich den wirtschaftlichen Aufstieg drohenden hohen Löhne sind gar nicht vorhanden! Nach den Meßziffern des Statistischen Reichsamts haben sich die Durchschnittslöhne seit 1914 für die gelehrten Arbeiter von 100 auf 160, für ungelernete Arbeiter auf 199 erhöht. In der gleichen Zeit sind die Meßziffern der Lebenshaltungskosten von 100 auf 181,6 gestiegen. Daraus geht hervor, daß die Arbeiter trotz Steigerung ihrer Nominallöhne keine Erhöhung ihrer Lebenshaltung durchsetzen konnten, ihr Reallohn im wesentlichen unverändert geblieben, zum Teil sogar gesunken ist.

Daran sollen nach Gothein die Lohnforderungen der Arbeiter selbst schuld sein! Das heißt jedoch die Dinge auf den Kopf stellen! Es kann nicht bestritten werden, daß die stattgefundenen Rationalisierungen der Betriebe deren Erzeugungsfähigkeit ganz erheblich gesteigert und die Produktionskosten gesenkt hat. Wenn dennoch Preissteigerungen eintraten und noch stattfinden, so tragen nicht die Löhne der Arbeiter schuld daran. Diese fällt vielmehr lediglich der monopolistischen Preispolitik der Kartelle und Konzerne zur Last, der gegenüber Lohnforderungen der Arbeiter zur unabwendbaren Notwendigkeit werden, wenn sie nicht der Vereinfachung anheimfallen wollen. Leider ist es der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bis jetzt noch nicht gelungen, diese den Wirtschaftsaufstieg hindernde Monopolstellung der Unternehmer zu durchbrechen. Sie mußte in diesem Punkte versagen, weil die Beseitigung der Preishegemonie der kapitalistischen Kartelle und Konzerne außerhalb ihres Wirkungsbereichs liegt. Einen dahingehenden Einfluß zu gewinnen, werden die Gewerkschaften aber anstreben müssen, wenn sie die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge ihrer Tätigkeit sichern wollen.

Das Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wieder hat der Bundesvorstand seinen schriftlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr herausgegeben, und wiederum ist das jetzt 323 Seiten umfassende Buch ein Zeitdokument von bleibendem Wert. In knappster Form abgefaßt, nur das Wichtigste und Wissenswerteste aus dem stetigen Wirken der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften hervorhebend, bietet das Jahrbuch 1928 dennoch eine unerlässlichliche Sammlung vorzüglichen Materials aus allen Ecken des weit über den ursprünglichen Rahmen hinausgewachsenen Tätigkeitsfeldes unserer Gewerkschaftsbewegung.

Ein augenfälliger Unterschied gegenüber den früheren Jahrbüchern ist die Herauslösung der großen Statistiken über den Arbeitsmarkt, die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, die Tariflöhne, die Entwicklung der Verbände, der Ortsausschüsse, der Arbeiterssekretariate usw. aus dem darstellenden Teile. Diese Tabellen sind nunmehr in einem in drei Hauptteile gegliederten statistischen Anhang von nahezu 60 Seiten vereinigt. Aber auch der sonstige Aufbau ist ein anderer geworden. In den ersten sechs Jahrbüchern waren insbesondere die Kapitel, die dem großen sozialpolitischen Aufgabenkreis der Gewerkschaften gewidmet sind, nicht in einer geschlossenen Folge angeordnet. Das ist in dem neuen Jahrbuch durchgreifend geändert. Ueberhaupt war für die Neueinteilung die organische Zusammengehörigkeit der Materien entscheidend.

So wird in dem ersten Hauptteile einleitend in knappen Zügen ein Bild der wirtschaftlichen und sozialen Umwelt gezeichnet, dem sich eine lange Reihe umfangreicher Kapitel anschließt, in denen die politische Tätigkeit der Gewerkschaften zur Darstellung gelangt. Diese 17 Kapitel, die dem großen Thema Wirtschaft und Politik, stets im Hinblick auf die Aufgaben und die Wirksamkeit der Gewerkschaften gewidmet sind, schildern in erster Linie die Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der Verbände, die Wirtschafts-, Sozial- und Kultur-

Der moderne Maler

hängt nicht am alten. Er liest unser FACHBLATT DER MALER

politik des ADGB. Die Darstellung macht nicht halt an der Grenze des Jahres 1928. Um nur einiges herauszugreifen: Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung wird in seinem dramatischen Verlaufe bis zum Juli 1929 geschildert. Die nicht minder hartnäckige, in ihrer grundsätzlichen Bedeutung kaum zu überschätzende Auseinandersetzung über das Schlichtungswesen wird gleichfalls bis in die letzten Monate verfolgt. Aber nicht nur der systematische Feldzug gegen die moderne Sozialpolitik, der noch lange nicht abgeschlossen ist, findet eine eingehende Darstellung. Auch die Entwicklung der Reparationsverhandlungen wird bis an die Schwelle der Haager Konferenz aufgezeigt.

Das Jahrbuch 1928 des ADGB ist tatsächlich, wie schon die angeführten Kapitel zeigen, im Widerspruch zu der Jahresbezeichnung, in weitgehendem Maße schon ein Bericht über das Jahr 1929. In keiner anderen Veröffentlichung kommt die moderne Gewerkschaftspolitik in einer so konzentrierten Form und so aktuell zum Ausdruck, wie in diesem Rechenschaftsbericht, der keineswegs nur als eine historische Darstellung, sondern als ein aktives Element der Gesamtpolitik der Gewerkschaften zu wirken soll.

Der zweite Hauptteil, der in 14 Kapiteln die Gewerkschaftspolitik im engeren Sinne, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie die Entwicklung des ADGB zur Darstellung bringt, ist im strengeren Sinne des Wortes ein Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Jahres 1928. Er enthält zum ersten Male neben den ständigen großen Kapiteln über „Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“, „Tariflöhne“ einen besonderen Abschnitt über „Die tarifpolitischen Gemeinschaftsaufgaben der Verbände“ sowie einen interessanten Ueberblick über „Die örtliche Gewerkschaftspressen“, eine ausführliche Ergänzung über die Zentralorgane der Verbände, die im Jahrbuch 1927 veröffentlicht worden ist.

In dem anschließenden dritten Teil werden in verschiedenen Kapiteln die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften nach ihrer Entwicklung im Jahre 1928 kurz dargestellt.

Die Darstellung findet wie gewöhnlich ihren Abschluß in zwei Kapiteln über „Das Internationale Arbeitsamt“ und „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“. Im letzteren werden die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des ADGB veröffentlicht, die dem nächstjährigen Kongress zur Annahme vorgelegt werden sollen.

Die Jahrbücher des ADGB, die jetzt die größte Arbeitnehmerorganisation nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist, sind seit dem Erscheinen des ersten Jahrbuches im Jahre 1923 zu einem unentbehrlichen Rüstzeug nicht nur aller Funktionäre der Gewerkschaften geworden, die über den Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit hinaus sich ein Bild von dem gesamten Wirkungsbereich der Gewerkschaften machen wollen, sie sind in mindestens ebensolchem Grade unentbehrlich für jeden Politiker, ob es die Fragen der Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturpolitik sind, denen sein Interesse gilt; auch kein Gelehrter, der sich mit den Problemen des modernen wirtschaftlichen und sozialen Lebens beschäftigt, wird ohne diesen zuverlässigen Wegweiser durch die zeitgeschichtlichen Probleme auskommen können. Das neue Jahrbuch wird seiner großen publizistischen Aufgabe in gleichem Maße gerecht werden wie seine Vorgänger.

Das für jeden in der Arbeiterbewegung tätigen Kollegen unentbehrliche Werk ist von der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6, herausgegeben. Der Preis ist gegenüber dem viel höheren Buchhändlerpreis für Gewerkschaftsmitglieder wesentlich herabgesetzt; er beträgt, durch die Organisationen oder Ortsausweise bezogen, für das in Leinen gebundene Exemplar 6.60 M., kartoniert wird das Buch schon für 6 M. geliefert.

Zusammenfassung und Auswirkungen der Reparationsverpflichtungen.

Aus der Erkenntnis, daß trockene Zahlenreihen dem Hörer oder Beschauer wenig zu bieten vermögen, hat das Reichsmuseum für Wirtschafts- und Gesellschaftskunde in Düsseldorf die hauptsächlichsten Daten und die Auswirkungen der von Deutschland zu leistenden Reparationen innerhalb seines bisherigen Rahmens in leichtverständlicher Form bildlich und plastisch dargestellt. Diese Ausstellung, vor kurzem eröffnet, ist als technisch ganz hervorragende Leistung zu bezeichnen.

Zunächst werden dem Besucher die nackten Tatsachen vor Augen geführt. Beginnend mit dem deutschen Angebot von 1919, das als zu geringfügig von vornherein abgelehnt wurde, zeigt uns die Aufstellung dann das Londoner Diktat von 1921 mit der phantastischen Forderung von 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in jährlichen Raten von zwei Goldmillarden, zusätzlich 26 % des gesamten deutschen Ausfuhrwertes (der auf 2 bis 2,5 Milliarden geschätzt wurde), und mit der Jahresrate zusammen 4 bis 4,5 Milliarden Goldmark pro Jahr betragen sollte. Es folgt dann 1924 der Dawesplan, ein vorwiegend wirtschaftliches Abkommen, das Leistungen vorsah, die im ersten Jahre von 1 Milliarde bis zum fünften Jahre auf 2,5 Milliarden steigend, von da an je 2,5 Milliarden Goldmark vorsah. Dazu kam dann von 1930 an ein veränderlicher Wohlstandssindex; das heißt Deutschland hatte auf Grund seines langsam sich hebenden Wohlstandes jährlich darüber hinaus noch eine weitere halbe Milliarde, zusammen also etwa 3 Milliarden Goldmark auf unbegrenzte Dauer zu leisten. Diesem, die deutsche Wirtschaft auf das allerschwerste schädigenden Zustand machte dann im laufenden Jahre der sogenannte Youngplan, ein in der Hauptsache politisches Abkommen, ein Ende.

Einschließlich einer Uebergangszahlung von 743 Millionen bis Ende März 1930 betragen die Leistungen nun-

mehr: 36 Jahresbeträge von durchschnittlich 1988,8 Millionen Mark, hinzuerechnen sind dann noch 79 Millionen Goldmark zur Tilgung der Dawesanleihe. Im weiteren Verlauf sind dann noch, unter Vorbehalt der diese Jahre betreffenden besonderen Bestimmungen, 22 Jahre lang durchschnittlich je 1585 Millionen Goldmark zu leisten. Dazu kommt die von 608 auf 80 Millionen reduzierte belgische Markforderung und außerdem als Beitrag zu den Besatzungskosten eine weitere Leistung von 80 Millionen Goldmark.

Wenn wir uns auch in keiner Weise darüber hinwegtäuschen wollen, daß uns im Youngplan ganz außerordentlich schwere Lasten aufgebürdet werden, — ja! doch Deutschland jede Sekunde 88 M Reparationen, so darf trotzdem nicht übersehen werden, daß er gegenüber dem bisher geltenden Dawesplan ganz wesentliche Milderungen enthält. Das trifft besonders durch die Aufhebung des Wohlstandsindex und der fest begrenzten Leistungen zu. Diese Tatsache wird von der Ausstellung nicht nur in unverkennbarer Weise verschwiegen, sondern sie versucht sogar, dem Besucher das Gegenteil zu beweisen. Eine glücklichere Hand hatte die Ausstellungsleitung mit der Erklärung verschönerter Begriffe, die im Verlaufe der Reparationsverhandlungen allgemein in den Wortschatz der deutschen Sprache aufgenommen wurden. Transfer zum Beispiel ist die Umwandlung der deutschen Währung in die Währung der Gläubigerstaaten. Transferischuh sichert also die deutsche Währung und soll unsere Wirtschaft aufrecht erhalten. Eine Uebertragung ist aber nur bei einem Ueberbruch der Ausfuhr über die Einfuhr möglich; einem solchen Ueberbruch suchen aber die Gläubigerstaaten durch Erhöhung hoher Zollmauern entgegenzuwirken.

Graphische und bildliche Darstellungen versuchen dann dem Beschauer einen Eindruck von den Auswirkungen der Reparationen auf die Ausfuhr von landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zu vermitteln. Der Reparationsdruck erhöht den Zinsfuß; der Kapitalzins ist aber das beste Wirtschaftsbarometer, hohe Zinsen strahlen auf alle Wirtschaftszweige aus. Die Reparationslast erzwingt wesentliche Strukturveränderungen der Wirtschaft im allgemeinen und ist für die ungesunden Verhältnisse der Bauwirtschaft verantwortlich zu machen. Aber auch hier unterläßt es die Ausstellung, darauf hinzuweisen, daß mit dem Youngplan die bisherige Industriebelastung in Kürze wegfallen wird. In einer eindrucksvollen Darstellung wird die Ueberfremdung mit Auslandskapital nachgewiesen; eine logische Folgeerscheinung des Umstandes, daß Deutschland große Auslandsanleihen aufnehmen mußte, um seine Verpflichtungen aus dem Dawesplan zu erfüllen. Weiter wird dann gezeigt, wie von Verkehr und Illen, von jedem Glas Bier und von jeder Zigarre ein erheblicher Teil der darauf lastenden Steuern in den Reparationsstropf fließt. Dabei ist aber ganz übersehen, daß der Hauptteil der Reparationslasten auf die deutschen Arbeiter abgewälzt wird, eine Tatsache, die schon vor längerer Zeit durch den Engländer Keynes nachgewiesen wurde.

Alles in allem kann die Ausstellung, vom Standpunkte des Arbeiters aus betrachtet, nicht befriedigen. Es ist sichtbar Unternehmungspropaganda, die den Eindruck hervorgerufen soll, daß es sich weniger um vertragmäßige Vereinbarungen, als um aufgezwungene Tributleistungen handelt die den einzigen Zweck verfolgen, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. Man läßt in der Absicht, den Beschauer vor allem für die Grundprobleme zu interessieren, unbedenkliche, für die breite Masse aber nicht unwichtige Dinge einfach weg. Und man vermischt vor allem den Hinweis, daß diese Reparationen nichts anderes sind, als Folgen eines wahnwitzigen und mit verbrecherischem Leichtsinne bis zum Weißbluten geführten Krieges. Die heute am lauteften über „Versklavung des deutschen Volkes“ jammern und schimpfen — man denke nur an die vielen Stahlhelmgenerale und das famose Hugenberg-Volksbegehren — konnten sich während des Krieges gar nicht genug tun in ihren Forderungen auf Annerkennung im Falle des immer wieder angestrebten, aber für Deutschland schon seit langem unmöglichen „Siegfriedens“.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich angesichts des furchtbaren Reparationsdruckes immer wieder von neuem der Ruf: „Nie wieder Krieg!“ Darüber hinaus erwächst uns die keinesfalls leichte Gegenwartsaufgabe, dafür zu sorgen, daß die Reparationslasten nicht ausschließlich oder doch zum großen Teil auf ihre Schultern abgewälzt werden. Diese Forderung wird um so leichter zu erfüllen sein, je mehr die Arbeiterschaft, ihrer Macht bewußt, sich zu einem geeinten Ganzen zusammenschließt.

Aus unserem Beruf

Karlruhe. Unter starker Beteiligung unserer Filiale und der Jahrestellen und bei Anwesenheit lieber Gäste aus den Filialen Frankfurt a. M., Heidelberg, Mannheim und Stuttgart wurde am 22. September, anläßlich des 25jährigen Verbandsjubiläums der Kollegen Diebrücker, Christmann und Hipp, im „Auerhahn“ eine stimmungsvolle Feier veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die Festrede unseres Bezirksleiters, Kollegen Fuß. Eindringlich schilderte er die schweren Kämpfe, die unsere älteren Kollegen als Schriftmacher der Organisation um die Verbesserung der damals wirklich elenden Berufs- und Arbeitsverhältnisse führen mußten. Nicht nur jeder Pfennig Lohnrehabilitation mußte durch Arbeitslosstellungen erungen werden, auch die Anerkennung der Organisation selbst war jahrelang heilumstrickenes Kampfobjekt. Unsere Kollegen waren damals kräftigstem Terror der Arbeitgeber ausgesetzt, und die Polizei hatte ein hartes Auge auf die Mit-

glieder der Arbeiterorganisationen. Einst verfehmt und verachtet, hat sich die Arbeiterschaft im neuen Staate durchgesetzt. Daran hat neben den Gewerkschaften auch die politische Vertretung mitgewirkt; ihre gemeinsame Tätigkeit hat uns auf dem Wege zum Volksstaat große Fortschritte gebracht, und die einmütige Zusammenarbeit der beiden Heersäulen wird uns auch dem endgültigen Siege entgegenführen. Nach einem Prolog fand die Weihe und Uebergabe des von der Genossin Diebrücker gestifteten Vereinsbanners und Ueberreichung der Ehren diplome an die Jubilar statt. In zündender Ansprache übermittelte Kollege Fiebig, Mannheim, die Grüße der benachbarten Filialen, worauf mit Ueberbrägen des „Lassala“-Jugendchores, humoristischen Einlagen, zwei Theaterstücken und rhythmischen Tänzen zum gemächlichen Takte übergegangen wurde. Flottgespielte Tänze bildeten den Abschluß des gelungenen Festes, das den zahlreichen Besuchern eine bleibende Erinnerung sein wird.

Berufsunfälle

Frankfurt a. d. Oder. Am 19. September wurde der Kollege Reinhold Pinnow das Opfer einer vielgerügten Unfälle. Im Auftrage der Firma W. Brehm war er mit dem Streichen von Leimfarbe im Garderobentraum des Neubaus „Ballhaus Bellevue“ beschäftigt. Da der Raum 6 Meter hoch ist, benutzte er eine zwölft- bis vierzehnhundertprozentige Leiter. Das Arbeitsgefäß, ein ovaler Eimer, war mit einem S-Haken an der obersten Sprosse beziehungsweise dem Scharnier angehängt. Bei der üblichen Eile nahm er sich nicht so viel Zeit, den Eimer beim Weiterdrücken der Leiter abzunehmen, worauf der Eimer durch einen nicht festzustellenden Unfall herabfiel und den Kollegen so unglücklich auf den Kopf traf, daß er betäubt vom Platze getragen werden mußte. Kollege Pinnow liegt zur Zeit noch im Krankenhause und seine Wiederherstellung wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Unfall zeigt wieder einmal, daß das Drängen bei der Ausführung von Arbeitsaufträgen schlimme Folgen auslösen kann. Wichtiger als die überhäufte Fertigkeit ist der gesunde Körper; außerdem rät sich das unverantwortliche Wählen nebenbei noch durch verfrühten Eintritt der ohnehin viel zu großen Arbeitslosigkeit.

Märnberg. Infolge Ueberhuppens einer sogenannten Schubleiter verunglückte unser bei der Firma Rückert beschäftigter Kollege Wolfgang Schwarz aus Irnborf. Er zog sich Rippenverletzungen zu. Ob der Unfall auf Unachtsamkeit der aufschaffenden Bedienungsmannschaft oder auf einen Konstruktionsfehler der Leiter zurückzuführen ist, dürfte vielleicht noch durch Untersuchungen festzustellen sein.

Gewerkschaftliches

Vierzig Jahre „Textilarbeiter“. Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes konnte am 4. Oktober dieses Jahres auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Eine reich mit Bildern geschmückte Festnummer des „Textilarbeiter“, mit Beiträgen des Genossen L. H. Leipart, Vorsitzenden des ADGB, und einer großen Zahl an führenden Stellen in der Textilarbeiterbewegung stehender Personen gibt Kunde von dem dornenvollen, aber auch erfolgreichen Weg, den die Organisation und ihre Zeitschrift in den verflochtenen vier Jahrzehnten zurückgelegt hat. Nichts von den vielseitigen, wenn auch oft recht kleintlichen Schikanen, die der alte Obrigkeitstaat oder die 27 verschiedenen deutschen Vaterländer mit buntgewürfelten Vereinsgesetzgebungen für mißliebige Organisationen, Zeitungen und Personen zur Verfügung hatten, ist den Trägern der Bewegung und Redakteuren des Verbandesorgans erspart geblieben. Besonders in den Anfängen regnete es förmlich Versammlungsverbote, Geld- und Gefängnisstrafen wegen aller möglichen und unmöglichen Delikte. Früh schon hatte sich in der Textilindustrie eine weitgehende Konzentration durchgesetzt; die Folge waren lange und von beiden Seiten mit ungeheurer Zähigkeit und Verbitterung geführte Lohn- und Tarifbewegungen, von denen der Crimmitschauer Kampf vom Jahre 1904 noch heute in bleibender Erinnerung ist und dessen Ausgang ein so mächtiger Hebel für das Klassenbewußtsein und den Zusammenschluß der Arbeiterschaft zu machtvollen Kampforganisationen wurde. Der Mitgliederzahl seines Verbandes entsprechend, erscheint „Der Textilarbeiter“ heute in einer Auflage von 280 000 Exemplaren. Dem Mitkämpfer für die Erringung einer besseren Existenz und der Anteilnahme an einer höheren Kultur entbieten wir unsern Gruß und unsere Glückwünsche.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In einer am 24. und 25. September in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des IGB wurde dem Genossen W. Schewenels, bisher Sekretär der Antwerpener Ortsgruppe des belgischen Metallarbeiterverbandes, das Amt eines Hilfssekretärs im IGB übertragen. Der Gewährte ist 34 Jahre alt, von Beruf Metallarbeiter, und war schon frühzeitig in seiner Berufsorganisation wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen tätig. Er wird seinen Posten spätestens am 1. Januar 1930 antreten und unter anderem mit der Wirksamkeit des IGB beim Völkerbund in Genf betraut werden. Des weiteren wurde beschlossen, eine Neuregelung der einigen Landeszentralen gewährten Unterstützungen eintreten zu lassen. Von einer Anerkennung des „Internationalen Bundes der Maschinen- und Heizer“ wurde auf Grund der von den angeschlossenen Landesorganisationen eingegangenen Gutachten abgesehen. Es soll jedoch geprüft werden, inwie-

Kennst Du es schon?

unser FACHBLATT DER MALER

Frage Deine Filialverwaltung! Sie gibt Dir Jede Auskunft!

welt die besonderen Berufsinteressen dieser Sparte von der Metallarbeiter-Internationale mitvertreten werden können. Dagegen wurden die leistungsfähigen Beschäfte des „Internationalen Gewerkschaftlichen Komitees für Jugend- und Bildungsfragen“ mit einigen Änderungen beauftragt. Ferner wurde das Sekretariat des IGB mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein internationales sozialistisches Programm beauftragt. Der vom Vorstand durchberatene Entwurf soll dann den Landeszentralen zur Begutachtung unterbreitet werden und auf dem nächsten Internationalen Gewerkschaftskongress Gegenstand besonderer Besprechungen sein. Außerdem wurden einige mit der 18. Internationalen Arbeitskonferenz zusammenhängende Fragen geregelt und als Delegierte zur Internationalen Wanderungskonferenz in Luxemburg der Genosse Saffersbach, zum Kongress der Arbeiter-Sportinternationale in Prag der Genosse Laverle bestimmt. Die nächste Vorstandssitzung findet am 21. und 22. November in Amsterdam statt.

Baugewerbliches

Fortschritte in der deutschen Bauhüttenbewegung. Der Deutsche Bauwerksbund berichtet in seinem Jahrbuch 1928 unter anderem auch über die großen Fortschritte, die die Bauhüttenbewegung — die Sozialisierung des Baugewerbes — im Jahre 1928 machen konnte. Ebenso wie die vorausgegangenen Jahre war 1928 ein Jahr des organisatorischen Aufbaues und der inneren Reinigung. Ungezählte und leistungsunfähige Bauhütten mußten abgebrochen werden, da der aus der allgemeinen Wirtschaftslage sich ergebende Kapitalmangel nicht erlaubte, Verlustbetriebe auf die Dauer durchzuschleppen. Trotzdem war das Jahr 1928 ein Rekordjahr der Bauhüttenbewegung. Trotz des ausgesprochenen Konjunkturrückganges stieg der Umsatz gegenüber 1927 (108 Millionen Mark) im Jahre 1928 auf rund 121 Millionen Mark. Gegenüber 1924 (41 Millionen Mark Umsatz) bedeutet das eine Umsatzerhöhung um 159% und gegenüber 1927 um gut 20%. Gleich bessere und beständige sich erhebliche die Wirtschaftslage der einzelnen Betriebe. Während das Stammkapital mit 4,8 Millionen Mark gegenüber 1927 unverändert blieb, erhöhte sich die Reserven von 1.387.000 im Jahre 1927 auf 1.691.000 M. im Jahre 1928. Der Gesamtgewinn — Ueberschuß der Gesamtgewinne über die Gesamtverluste — betrug 820.000 M. 1928 arbeiteten 112 Betriebe mit Gewinn und 15 Betriebe mit Verlust, ein Ergebnis, das sowohl auf die fortschreitenden organisatorischen wie technischen Verbesserungen der Betriebe zurückzuführen werden muß. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten stieg von 13.649 im Jahre 1924 auf 18.765 im Jahre 1928. Die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten belief sich im Jahre 1928 auf 26.896.

Sozialpolitisches

Verfassung und Berufsleben. Die tiefgehende Umwälzung der Wirtschaft schafft täglich neue Berufe und läßt täglich welche sterben. Die am Leben bleiben, erhalten einen ganz andern Inhalt. Was es früher ein paar Duzend Berufe, so gibt es deren jetzt hunderte. Die Arbeitsstellung, die neuentstehenden Artikel und Gebrauchsgegenstände und die revolutionierende Wirkung der Technik trugen zur Vermehrung der Berufe und Arbeitsmethoden bei. Ueber all diese Dinge schreibt ein Herr vom Arbeitsamt Berlin-Mitte in der Nr. 442 des „B. L.“ unter anderem folgendes:

„Die Metallbrücker, eine zwar nicht sehr große, aber in der Metallindustrie bis vor kurzem unentbehrliche Berufsgruppe, sind durch die Einführung von hydraulischen Pressen jetzt nur noch zu einem Drittel nötig. Zwei Drittel von ihnen müssen sich nach neuen Berufsmöglichkeiten umsehen oder dauernd arbeitslos sein. Die Maschine setzt fortwährend arbeitende Menschen frei. Auch in den kaufmännischen Berufen. Kaufmännische Angestellte werden Maschinenarbeiter, die bei der Bedienung der Buchungsmaschinen sogar Schutzkleidung wie ein Arbeiter tragen und zum Reinigen der Hände nicht mehr allein Seife, sondern besondere Reinigungsmittel benötigen. Wie lange wird es noch dauern, bis ein großer Teil der Verkäuferinnen und Verkäufer durch Verkaufsautomaten ersetzt ist? Schon hat ein großer ausländischer Warenhauskonzern 25.000 solcher Automaten zum Verkauf von Einheitspreisartikeln in Auftrag gegeben.“

Millionenbeträge für die amtliche Interessenvertretung der Unternehmerrschaft. Die amtliche Vertretung von Industrie und Handel ist Aufgabe der Handelskammern, die ihre organisatorische Spitze im Deutschen Industrie- und Handelstag finden. Insgesamt bestehen in Deutschland 128 deutsche Handelskammern, zu denen noch 26 deutsche Handelskammern im Ausland hinzukommen, die die Interessen des deutschen Außenhandels zu vertreten haben. Das Ausland unterhält 27 Handelskammern im Reichsgebiet. Den deutschen Handelskammern gebühren insgesamt 450.000 beitragspflichtige Betriebe an, von denen mehr als die Hälfte auf die preussischen Handelskammern entfallen. Berlin, Hamburg, München und Frankfurt a. M. sind gegenwärtig die größten Handelskammern in Deutschland. Die Verwaltungskosten der Handelskammern werden zum größten Teil durch Umlage bei den als Mitglieder eingetragenen Unternehmungen gedeckt, zum andern Teil aus Einnahmen, die den Kammern aus Mieten, Börsengebühren, Einführungsgebühren und sonstigen vom Staat genehmigten Einnahmequellen zufließen. Es handelt sich bei dem Gesamtaufwand der Handelskammern keineswegs um geringfügige Beträge, vielmehr betrug 1927/1928 der Gesamtaufwand der deutschen Handelskammern mehr als 23 Millionen Mark (23.259.991

Kollegen! werbt unermüdlich für den Verband!

Mark), von denen gut 17 Millionen Mark im Umlageverfahren gedeckt wurden. Gerade die Höhe dieser Zahlen zeigt aber auch eindringlich die Notwendigkeit, diese amtlichen Vertretungen aus einseitig zusammengesetzten Interessenorganen der Unternehmerrschaft, wie sie heute noch sind, zu tatsächlichen Interessenvertretungen der Gesamtwirtschaft zu machen, indem auch die Arbeiter- und Angestelltenkassen in ihnen ihre Vertretung finden. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Berichte und Gutachten, die die Kammern in regelmäßigen Abständen über die Wirtschaftslage ihres Gebietes abzugeben haben, einseitig mit den Augen der Unternehmer gesehen werden, um dann als amtliche Neuierungen der Öffentlichkeit aufgedrängt zu werden. Die Parität durch gleichmäßige Hinzuziehung von Arbeitnehmervertretern in den Kammern herzustellen, ist nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern zugleich eine Forderung, die gerade in einer Zeit der schärfsten Interessenkämpfe zwischen Unternehmerrtum und Arbeiter-schaft aus gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gestellt werden muß.

Höchster Ausfuhrüberschuß in der Handelsbilanz. Der Monat August hat im deutschen Außenhandel einen Rekord gebracht. Die Handelsbilanz war mit 117 Millionen Mark aktiv. Ein Ausfuhrüberschuß in solcher oder ähnlicher Höhe ist noch nie seit 1924 zu verzeichnen gewesen. Die Einfuhr ging von 1230 Millionen Mark im Juli und 1150 Millionen Mark in den drei vorhergegangenen Monaten auf 1074 Millionen Mark zurück. An dem Rückgang waren fast alle Warenposten beteiligt. Die Ausfuhr stieg auf 1.191 Millionen Mark gegen 1.100 Millionen Mark im Juli, mithin eine Steigerung von 91 Millionen Mark. Das ist der höchste Stand seit 1928, abgesehen von dem Monat April, wo aber lediglich die Viertelsjahresaufung von Einfluß war. — Bei der Einfuhr sind namentlich die Ziffern für Nahrungsmittel gesunken. Allerdings auch die für Rohstoffe, und zwar um 38 Millionen auf 576 Millionen Mark. Bezüglich der Ausfuhr ist vor allem die Fertigwarenausfuhr erfreulich. Sie hat mit 884 Millionen Mark eine bisher nie erreichte Höhe erlangt. Gegen Juli ist eine Erhöhung von 74 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Fertigwarenausfuhr lag um 159 Millionen Mark über dem Monatsdurchschnitt 1928. Die darin enthaltenen Ziffern der Reparationsfachlieferungen blieben mit 67 Millionen Mark fast gleich. Zugunommen hat die Ausfuhr von Textilstoffen (30 Millionen Mark), von Wasserfahrzeugen, Maschinen, elektrischen und chemischenzeugnissen. Die deutsche Industrie zeigt durch solche Resultate ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Hoffentlich halten die Anstrengungen auf diesem Gebiete an. Ein dauernder Ausfuhrüberschuß von über 100 Millionen Mark erleichtert die Reparationszahlungen ganz wesentlich.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Sechste Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Unter regster Teilnahme von über 800 Personen aus allen Teilen des Deutschen Reiches, aus Oesterreich, Ungarn, Dänzig, der Schweiz, Holland, Tschechoslowakei, Polen und zahlreichen andern Ländern, bei Anwesenheit der Sozialministerien und Gesundheitsbehörden des Reiches und der Länder, von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. tagte am 17. und 18. September in Heidelberg die 6. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und nachdem 4 Staatspreise des preussischen Wohlfahrtsministeriums zur Auszeichnung von Firmen überreicht waren, die sich an der Sonderausstellung „Arbeitsstätten und Arbeitsstätten“ beteiligt hatten, hielten die Herren Professor Dr. Hahn, Berlin, und Dr. Eisenberg, Berlin, einleitende Referate über „Merzliche-hygienische Grundsätze und Gesichtspunkte für den Fabrikbau“. Sie forderten, daß neben den notwendigen Rücksichten auf die Umwelt, bei der Errichtung von Fabrikbauten größter Wert auf sozial-hygienische Beschaffenheit der Räume im Sinne größtmöglicher Gesunderhaltung der Arbeiterschaft zu legen sei. Die meist übliche Ueberstehung der Fenstergrößen sei Anlaß zu erheblichen Wärmeverlusten. Gerügt wurde das Fehlen von Notausgängen und außerhalb der Gebäude befindlicher Nottreppen, zweckmäßige Anlage von genügenden Wasch-, Ankleide- und Speiseräumen gefordert und bei Besprechung der Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen die Wärmeregulation des Menschen im Lichte der neuen wissenschaftlichen Untersuchungen erörtert. Eine Prüfung der besonderen gesundheitlichen Bedürfnisse müsse bei der Errichtung von Neubauten im Einzelfalle vorgenommen werden.

Vom Standpunkte des Technikers behandelte Oberregierungsrat Emele vom badischen Ministerium des Innern das Thema „Werkstoffbau und Gewerbe-aufsicht“. Er sieht eine wichtige Aufgabe der Gewerbeaufsichtsbeamten darin, daß sie auf Grund ihrer praktischen Erfahrung schon an den Plänen zur Errichtung von Fabrikneubauten mitarbeiten. Als letzter Referent sprach Prof. Hans Voelzig, Charlottenburg, über „Die architektonische Entwicklung des Fabrikbaues“.

Am zweiten Verhandlungstage wurde von Professor Dr. Gottschlich, dem Hygieniker der Universität Heidelberg, über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der Volksernährung“, von Gewerbedirektor Dr. Verbis, Berlin, über „Merzliche Probleme der Fabrikpeisung“ und vom Standpunkte des Betriebsfachmannes von Herrn Dr. Reuttl, Berlin, über „Praktische Maßnahmen zur Durchführung der Fabrikpeisung“ referiert. Hierauf begannen kurze Berichte über neuere Beobachtungen und Originalarbeiten auf gewerbehygienischem Gebiete, durch die den Kongreßteilnehmern ein Ueberblick über wichtige aktuelle Fragen des gesundheitlichen Arbeiterschutzes gegeben wurde. Dabei wurden unter andern nachstehende Themen behandelt: Entwicklung von Lebrlingen; quecksilberfreie Weizung in der Haarindustrie; Bekämpfung des Milzbrandes; arbeits-physiologische Probleme der Arbeit im Eisen und im Stehen; Kohlenoxydvergiftung; Hygiene in Tiefdruckereien; Verschmutzungsanlagen; Arsenwasserstoffvergiftung; Bleivergiftung; Lärmbekämpfung; gesundheitliche Schädigungen verschiedener Art; hygienische Gestaltung von Filmaufnahmen und dergleichen.

Die Gesellschaft für Gewerbehygiene erfreut sich trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens wachsender Beachtung weitest interessierter Kreise. In den Gewerkschaften ist dieses steigende Interesse in ganz erheblichem Ausmaße zu beobachten, und das ist besonders zu begrüßen. Wir dürfen auch vorbehaltlos den Grund für diese wachsende Anteilnahme feststellen: die Gesellschaft für Gewerbehygiene hat unter reger Mitwirkung der Gewerkschaften für manche gewerbliche Schutzmaßnahmen den Boden bereitet und durchaus wichtige Vorarbeiten geleistet. Die Themen wurden stets nicht nur in theoretisch-wissenschaftlicher Weise behandelt, nein, sie wurden bearbeitet unter denkbar intensiver Mitwirkung der Arbeiterschaft. Gerade dadurch erscheint uns der durchschlagende Erfolg der Gesellschaft gegeben, weil Wissenschaft und Praxis so eng zusammenarbeiten. Es ist uns daher auch eine besondere Freude, berichten zu können, daß an der diesjährigen Tagung der Gesellschaft in Heidelberg über 150 Gewerkschafter teilgenommen haben. Nicht weniger als vier von den oben angeführten Kurzreferaten sind diesmal von gewerkschaftlicher Seite gehalten worden. Es sprachen: der Kollege Dr. Meyer-Brodny vom ADGB, Kollege Lepp von Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Kollege Kniebel vom Verkehrsverband und endlich Kollege W. Schredinger vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Da das Thema der diesjährigen Tagung, „Fabrikbau und Fabrikpeisung“, für die Gewerkschaften ganz außerordentlich aktuell war, so dürfen wir auch hoffen, daß dieses Interesse für die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene nicht nur erhalten bleibt, sondern noch an Umfang zunimmt im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft.

Vom Ausland

Utrecht.

Vom 28. bis 29. September tagte in Utrecht der Verbandstag unseres holländischen Bruderverbandes. Ein stattliches Parlament von 100 Verbandskollegen aus allen Gegenden Hollands war in dem schönen festlich geschmückten Eigenheim des niederländischen Eisenbahnverbandes zusammengekommen, um die Geschäftsberichte des Vorstandes der letzten drei Jahre entgegenzunehmen, wichtige, bedeutsame Berufsfragen zu beraten und für die weitere günstige Entwicklung der Organisation Sorge zu tragen. Um es vorweg zu sagen: Der Verlauf und die Ergebnisse dieses Verbandstages haben auf alle anwesenden ausländischen Kollegen, die nach der Ausschusssitzung unserer Maler-Internationale in Amsterdam nach Utrecht gekommen waren, den allerbesten Eindruck gemacht. Die sachliche Diskussion zu allen Tagesordnungspunkten, die geschlossene Einigkeit bei allen Abstimmungen, das harmonische Zusammenarbeiten der Ortsverwaltungen mit dem Hauptvorstand boten das Bild eines festgefühten starken Verbandes, dessen Vertrauensmänner, geschult im täglichen Kampf ums Dasein, sichere Gewähr bieten, mit festem Willen und vollem Vertrauen zum weiteren Gedeihen der Organisation alle Kräfte einzusetzen.

Der Verbandsvorsitzende Dooyes gab über die Entwicklung und Ausgestaltung des Verbandes seit dem Kongress im Haag, 1926, ein lebhaftes Bild und konnte mit Genugtuung konstatieren, dass es auf allen Gebieten vorwärtsgewandert ist. Die Mitgliederzahl stieg von 4877 in 77 Filialen am 1. Januar 1926 auf 6080 in 100 Filialen jetzt. Ebensogut habe sich die Finanzkraft entwickelt. Ueberall mache sich der Einfluss der Organisation auf die Gestaltung und Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen bemerkbar. Herzlich begrüßte er die Delegierten wie auch die als Gäste anwesenden ausländischen Kollegen von Dänemark, Deutschland, England, Oesterreich und Schweden. Seine Rede wurde mit grossem Applaus entgegengenommen. Der Vertreter des niederländischen Gewerkschaftsbundes, de la Bela, begrüßte darauf die Tagung, wie auch Kollege Streine als internationaler Sekretär, Kollege Poulsen, Kopenhagen, Gibson, England, Bergvoll, Stockholm, und der Vorsitzende des deutschen Malerverbandes, Kollege Batz, den Kongress beglückwünschten und von der Tagung die besten Erfolge für die weitere Ausgestaltung des Schildergesellenverbandes in Holland erhofften. Es erfolgte die weitere Berichterstattung des Hauptvorstandes, der Bericht über das Kassenwesen, den Kollege Lansink erstattete, und die Berichte über das Verbandsorgan „Der Schilder“ und „De jonge Schilder“. Nach längerer, ausserst

